

newsletter*

KIRSTEN LÜHMANN, MDB



Liebe Freunde,

unser Land befindet sich in einer ernsten Haushaltslage. Angela Merkel und Guido Westerwelle behaupten: Wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt. Die Wahrheit ist aber: Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien mit Kindern leisten seit vielen Jahren ihre Beiträge zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und der sozialen Sicherungssysteme. Unter SPD-Finanzminister Peer Steinbrück war unser Land auf einem guten Weg hin zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. Im Jahr 2011 wäre Deutschland ohne neue Schulden ausgekommen.

Das Sparpaket, das und die Bundesregierung als Antwort auf die staatliche Schuldenkrise, die durch den Zusammenbruch der Kapitalmärkte erst heraufbeschworen wurde, präsentiert hat, hat für große Aufregung gesorgt. Angela Merkel hatte selbst die Erwartungen hoch gesteckt und davon gesprochen, das Paket werde die Handschrift der schwarz-gelben Koalition sichtbar machen. Das macht es nun in der Tat: Durch Belastung der sozial Schwachen und Familien. Noch Ende letzten Jahres hat die Bundesregierung als eines ihrer ersten Amtshandlungen und im vollem Bewusstsein der schwierigen Finanzlage Steuergeschenke in Höhe von 3,5 Milliarden Euro an Hoteliers und an reiche Erben verteilt. Die Chance einer gerechten Gestaltung und Stabilisierung des Haushalts durch einen neuen Lastenausgleich, der untere Einkommensgruppen entlastet, Vermögende aber stärker in die Pflicht nimmt, wird nicht genutzt. Dies sehen nicht nur wir so. Selbst aus den eigenen Reihen wird die soziale Unausgewogenheit kritisiert.

In der Fraktionssitzung am 8.6. war unser Kandidat für das Bundespräsidentenamt, Joachim Gauck, zu Gast. Er tritt als gemeinsamer Kandidat von SPD und Grünen zur Wahl an. Der frühere DDR-Bürgerrechtler bezeichnet sich selbst als „linker, liberaler Konservativer“. Vielfach hat er bewiesen, dass er grundsätzliche Debatten prägen und unserer Gesellschaft Orientierung geben kann. Seine Kandidatur ist keine Kandidatur gegen jemanden, sondern eine Kandidatur für eine bestimmte Vorstellung vom Amt des Bundespräsidenten. Einige seiner Zitate möchte ich Ihnen gerne mitgeben:

„Ich will nicht nur Verantwortung übernehmen, wenn mich alle lieb haben“ und „die Menschen wollen den Staat, die Demokratie, lieben. Politiker, die mit Verantwortung spielen, verscherzen das.“

Eure

IMPRESSUM

KIRSTEN LÜHMANN, MdB,
PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

TELEFON (030) 227 71727 E-MAIL KIRSTEN.LUEHMANN@BUNDESTAG.DE

Inhaltsverzeichnis

02 Aktuelle Meldungen

- Lühmann und Klingbeil bei Luftwaffenschule
- Max Sbielut aus Uelzen im Bundestag
- Ladies' Day der SPD-Fraktion in Berlin
- Lühmann bei European Womens' League
- CJD-Abgeordnetenfrühstück im Bundestag
- Härter gegen illegalen Waffenhandel
- Perspektiven für mehr Verkehrssicherheit
- Testfahrt mit Elektrorädern

06 **Topthema:** Sparpaket der Regierung ohne soziale Balance

07 Sachgrundlose Befristung abschaffen

08 Evaluierung der deutschen Beteiligung an ISAF

09 Nationalen Bildungspakt schaffen

10 Laufzeitverlängerung nicht mehr durchsetzbar

10 WM 2014 - Fußballerzitate

AKTUELLE MELDUNGEN

MdBs Lühmann und Klingbeil besuchen Standort Faßberg: Umgliederung aussetzen - Strukturreform abwarten



Kirsten Lühmann und Lars Klingbeil mit Oberst i.G. Schwarz, der extra von der vorgesetzten Dienststelle, dem Luftwaffenausbildungskommando, aus Köln angereist war. Schwarz bestätigte, dass die Existenz der Schule in Faßberg vorerst gesichert sei.

Die Umgliederung der Technischen Schule der Luftwaffe in Faßberg sollte ausgesetzt werden, so lange die Debatte über eine grundlegende Strukturreform der Bundeswehr geführt wird", so der SPD-Bundestagsabgeordnete und Verteidigungspolitiker Lars Klingbeil.

"Standortentscheidungen können erst danach sinnvoll getroffen werden", bekräftigte seine Kollegin Kirsten Lühmann, MdB aus Celle/Uelzen.

Bei einem gemeinsamen Besuch der Schule am 3. Juni sprachen

Allerdings sei die Schule wie auch andere Standorte der Bundeswehr von Sparzwängen betroffen. Im Rahmen eines "Optimierten Eigenmodells" sollen drei Inspektionen auf zwei zusammen gelegt werden, erläuterten Vertreter des Personalrats und Mitarbeiter der Fachschule im Gespräch mit den Abgeordneten und Oberst Steinohrt, Kommandeur der Technischen Schule der Luftwaffe. Ein Inspektionschef wäre dann zusätzlich zu seiner Funktion als Fachlehrer statt für bisher maximal 144 Schüler für 192 Schüler als unmittelbarer Vorgesetzter zuständig. Der Bundesrechnungshof verlangt, dass bis März 2011 eindeutige Einsparungen erreicht werden. Ansonsten werde man die Auslagerung des gesamten Schulwesens in privatwirtschaftliche Einrichtungen wieder auf die Tagesordnung setzen.

Oberstleutnant Merrath, Kommandeur der Fachschule der Luftwaffe, wies darauf hin, dass es bisher keine Kosten-Nutzenanalyse zum Optimierten Eigenmodell gebe. Diese sei jedoch zwingend erforderlich, damit festgestellt werden kann, ob die zu erwartenden Risiken durch die

Umgliederung im Verhältnis zu den einzusparenden Kosten stehen. "Es ist unsinnig, zum 1. August 2010 das Optimierte Eigenmodell einzuführen, während die Kommission zur Reform der Bundeswehr noch tagt" so der Verteidigungspolitiker Lars Klingbeil. "Wir werden uns für die Aussetzung der Umgliederung und damit für den langfristigen Erhalt der Technischen Schule in Faßberg einsetzen", ergänzte Lühmann.

Abgeordneter für 3 Tage: Max Sbielut aus Uelzen bei Kirsten Lühmann im Bundestag zu „Jugend und Parlament“



Berlin, 8. Juni 2010. Eine neue Identität, ein neuer Job, eine neue Stadt - nein, es handelt sich nicht um Geheimagenten im Undercover-Einsatz, sondern um Jugendliche, die am Planspiel „Jugend und Parlament“ im Bundestag teilnehmen. So auch Max Sbielut aus Uelzen, den die SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann nach Berlin eingeladen hatte. „Bei ‚Jugend und Parlament‘ spielen die Jugendlichen sehr realistisch ein Gesetzgebungsverfahren im Bundestag nach - mit allem, was dazu gehört: Verhandlungen, Debatten, Entscheidungen“, so

Kirsten Lühmann. „Danach können sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen richtig vorstellen, wie politische Entscheidungsprozesse im Bundestag ablaufen.“

Vor der ersten Sitzung wurden Max Sbielut und seine Kolleginnen und Kollegen mit einer neuen Rolle ausgestattet. So mimte der 18-jährige Uelzener einen 60-jährigen Diplom-Volkswirt und Bankangestellten, verheiratet und Vater von zwei Kindern, Mitglied der Liberalen Reformpartei. „Es ist toll, hier mal einen Blick hinter die Kulissen zu werfen“, sagte der Jungparlamentarier „Die Entscheidungsfindung in den Gremien ist unglaublich komplex.“

„Mir ist es wichtig, Jugendliche für Politik zu interessieren“, so Lühmann. Damit der Uelzener Schüler auch einmal die echten Abgeordneten in Aktion erleben konnte, nahm sie ihn mit in eine Öffentliche Anhörung des Innenausschusses. „Diese Erfahrung hier werde ich mein Leben lang nicht vergessen“, so Sbielut. „Ich werde auf jeden Fall wählen gehen, denn wer nicht wählen geht, der hat nicht das Recht die Regierung und somit die Entscheidungen der Regierung zu kritisieren.“

Ladies' Day in Berlin: Kirsten Lühmann lädt Uelzener Unternehmerin in den Bundestag



Eva Danneberg, Gründerin des Unternehmens Werkhof in Uelzen (3. von links), kam auf Einladung von Kirsten Lühmann zum Ladies' Day der SPD-Fraktion in den Bundestag. Dort traf sie unter anderem den Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier (mitte).

Kirsten Lühmann bei der European Women's League in Madrid: Opferschutz muss europaweit organisiert werden



Opfer von Stalkern oder häuslicher Gewalt können zum Schutz vor ihren Peinigern eine so genannte Schutzanordnung erwirken – z.B. das Verbot, sich Ihnen auf mehr als eine bestimmte Distanz zu nähern. Wenn die bedrohte Person jedoch in ein anderes Land zieht, erlischt der Schutz an der Landesgrenze.

Ein erneuter Antrag auf Schutz am neuen Wohnort bleibt oft erfolglos. Er scheitert häufig daran, dass Beweise aus dem Tatortland nicht zeitgerecht zu beschaffen sind. Für die betroffenen Personen ist das ein existenzielles Problem. Daher sollte auf europäischer Ebene ein Mechanismus geschaffen werden, mit dem die bereits erlassenen Schutzmaßnahmen auf andere Mitgliedsstaaten ausgedehnt werden

können.

Der Europäische Rat hatte bereits eine entsprechende Richtlinie auf den Weg gebracht. Wider Erwarten wurde diese jedoch auf der Ratstagung am 3./4. Juni nicht beschlossen. Kirsten Lühmann initiierte daher mit der European Women's League einen Dringlichkeitsantrag, der die Belgische EU-Ratspräsidentschaft auffordert, möglichst bald einen neuen Vorschlag für eine europäische Schutzanordnung vorzulegen und diese noch im Herbst 2010 zu beschließen.

Kirsten Lühmann beim CJD-Abgeordnetenfrühstück



„Begabung fördern“, lautete das Motto des Abgeordneten-Frühstücks, zu dem das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) am 10. Juni eingeladen hatte. Das CJD verfolgt das Ziel, jedem Kind die bestmöglichen Chancen auf Entwicklung zu geben und jeden Menschen mit seinen Stärken zu unterstützen. Bei der Veranstaltung im Bundestag sprach Kirsten Lühmann u.a. mit Dieter Kleinwegen vom Christlichen Jugenddorf Celle (Foto).

Härter gegen illegalen Waffenhandel

„Ich begrüße den neuen Vorschlag der Europäischen Kommission, illegalen Waffenhandel mit Feuerwaffen innerhalb der Europäischen Union künftig zu erschweren“, erklärt Kirsten Lühmann. In Zukunft sollen, zivilgenutzte Feuerwaffen, wichtige Waffenteile sowie Munition nur mit Genehmigung der beteiligten Mitgliedsländer grenzüberschreitend transportiert werden.

Die Genehmigung sichert so die Registrierung der für die Nachverfolgung der Waffen notwendigen Angaben wie Herkunftsland, Ausfuhrland, Empfänger, Endempfänger, Menge und Beschreibung. „Die Mitgliedstaaten können so leichter der illegalen Herstellung von Feuerwaffen und dem Waffenhandel auf die Spur kommen und Nachforschungen anstellen. Auf diese Weise wird auch die Zahl der Straftaten, die mit Feuerwaffen in Verbindung stehen, reduziert“, betont Kirsten Lühmann, Mitglied im Innenausschuss. Feuerwaffen sollten nicht in Staaten ausgeführt oder durch Staaten hindurch befördert werden, die die Beförderung nicht genehmigt haben. Damit wird die Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr von Feuerwaffen aus Nicht-EU-Ländern künftig strenger kontrolliert.

Der Vorschlag gilt nur für Feuerwaffen, deren Teile und wesentliche Komponenten und Munition für zivile Zwecke eingesetzt werden. Feuerwaffen, die für den militärischen Gebrauch bestimmt sind, sind hiervon ausgenommen. Europäisches Parlament und der Rat der EU müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Er entspräche dann dem Artikel 10 des UN-Feuerwaffen-Protokolls. Die Ratifizierung des Protokolls durch die Europäische Union steht noch aus.

Perspektiven für mehr Verkehrssicherheit



Zu einem Gespräch zum Thema Verkehrssicherheit traf Kirsten Lühmann den Geschäftsführer des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, Christian Kellner (Foto), in ihrem Berliner Büro.

Testfahrt mit Elektrorädern



Auf Einladung der Verbraucherzentrale (vzbz) und des Verkehrsclubs Deutschlands (VCD) testete Kirsten Lühmann am 9. Juni 2010 am Spreebogenpark in Berlin ein Elektrofahrzeug. Die auch als Pedelecs bekannten Hybrid-Räder sind eine klimaschonende Alternative zum Auto. Als zuständige Berichterstatterin für Fahrräder im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wollte sich Frau Lühmann von dem Radspaß überzeugen und stieg nach einem kurzen Informationsgespräch selbst auf den Sattel.

TOPTHEMA

Sparpaket der Bundesregierung: Ohne soziale Balance

Vage, ungerecht und ohne Konzept

Die Regierungsspitze kündigt eine Reihe von Maßnahmen an, für die es bisher noch überhaupt keine fachliche Fundierung gibt:

- Zu der angekündigten „Luftverkehrsabgabe“ gibt es noch überhaupt keine Konzeption. Bisher hat das Thema lediglich zu Streit zwischen den beteiligten Ministerien geführt.
- Völlig unklar ist, worin die angekündigte „Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise“ liegen soll. Eine Finanztransaktionssteuer wird in der Koalition immer noch abgelehnt. Jegliche Finanzmarktbesteuerung wird an einen übernationalen Konsens geknüpft. Was also bleibt mit einer gewissen Eintrittswahrscheinlichkeit für den Bundeshaushalt?
- Es gibt noch überhaupt kein Konzept zur angekündigten Belastung der Kernenergiewirtschaft. Bisher zumindest war es äußerst schwierig, die großen Energieversorger zu irgendeinem finanziellen Entgegenkommen zu bewegen. Bisher haben die Koalitionsabgeordneten aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern vehement Belastungen „ihrer“ Atomwirtschaft bekämpft.
- Ganz offen wird von der Koalition zugegeben, dass das Element „Streitkräftereform“ des Konsolidierungskonzepts noch nicht einmal in Grundzügen feststeht. Aber trotzdem werden Einsparbeträge in Milliardenhöhe einkalkuliert.
- Und wie kommen die Milliardeneinsparungen bei den „Effizienzverbesserungen, bei der Arbeitsmarktvermittlung, bei SGB II“ zustande? Auch das ist zunächst einmal eine völlig unbegründete „Hausnummer“ und reines Wunschdenken.

Während die Einschnitte in die Arbeitsmarktpolitik, in die ALG II-Struktur und in das Eltern- und Wohngeld sehr konkret und schnell umsetzbar sind, liegt insbesondere über den behaupteten „beträchtlichen“ Belastungen für die Unternehmen ein großer Nebel der Ungewissheit und der Unklarheit. Außerdem zeigt beispielsweise die Streichung des Zuschusses bei der Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger, wie blind Schwarz-Gelb gegenüber den Problemen von Morgen ist. Die Abschaffung der Rente nach Mindestentgeldpunkten befeuert die Altersarmut von morgen. Niedrigverdiener von heute werden zu Grundsicherungsempfängern von morgen. Damit werden Lasten nur in die Zukunft verschoben.

Schwarz-Gelb schafft Eltern 2. Klasse

[zum Weiterlesen](#)

Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen müssen und können seriös finanziert werden. Erste Schritte nach unseren Vorstellungen dazu sind:

- Klientelgeschenke ohne Wachstumswirkung zurücknehmen. Die von Schwarz-Gelb im sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ an Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne beschlossenen Steuerprivilegien sind zurückzunehmen. Dies ist die Gretchenfrage der haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Einnahmeverbesserungen von 5,6 Milliarden Euro (für den Bund 1,8 Milliarden Euro).
- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft. Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbesserungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich. Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atomwülldlager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.
- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Die Einführung des Mindestlohns dämmt Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers ein. So kann man Subventionen abbauen, den Sozialstaat vor Missbrauch schützen und die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöhen. Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro bei den Leistungen für so genannte „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen. (Auskunft BMAS vom Oktober 2008 bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro). Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und eine Steigerung der Arbeitnehmerentgelte (laut Studie des IAT von 2006 für einen Mindestlohn von 7,50 Euro).
- Zur Bewältigung der Krisenlasten in den öffentlichen Haushalten müssen die verantwortlichen Akteure auf den Finanzmärkten ihren Beitrag leisten: Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest auf europäischer Ebene. Einnahmeverbesserungen von rund 12 Milliarden Euro.
- Stärkere Beteiligung großer Einkommen und Vermögen. Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und stärkere steuerliche Beteiligung großer Vermögen. Einnahmeverbesserungen je nach Ausgestaltung von mindestens 5-10 Milliarden Euro jährlich, von denen der Anteil der Vermögensbesteuerung allein den Ländern zugute käme.

ARBEIT

Sachgrundlose Befristung abschaffen

Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle. Fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Angesichts dieser Entwicklung fordern wir in einem Antrag, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Mit sachgrundlosen Befristungen wird Beschäftigten eine langfristige Perspektive verweigert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen jedoch ein Mindestmaß an Sicherheit, um sich gesellschaftlich zu engagieren oder eine Familie zu gründen.

Die Zahl der Befristeten ist stark gestiegen, und gleichzeitig nimmt die Zahl der Unbefristeten ab. Dies ist eine falsche Entwicklung, die den Kündigungsschutz aushöhlt. Fast jeder zehnte Beschäftigte arbeitet inzwischen in einem befristeten Arbeitsverhältnis; knapp jeder zweite neu abgeschlossene Vertrag ist inzwischen nur noch befristet (Statistisches Bundesamt).

Die sachgrundlose Befristung ist bis zu einer Höchstdauer von zwei Jahren zugelassen. Sie wurde während der Kohl-Regierung eingeführt und hat nicht zu mehr Beschäftigungsverhältnissen geführt, sondern zu mehr Unsicherheit bei vielen Beschäftigten. Ende 2000 wurde sie auf Neueinstellungen beschränkt. Durch eine Vielzahl an Studien ist inzwischen belegt, dass befristete Beschäftigung die Beschäftigungsaussichten weder verbessert noch verschlechtert. Nur noch bei jeder dritten offenen Stelle handelt es sich um einen regulären, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob. Auch die sachgrundlose Befristung für Ältere hat in Untersuchungen schlecht abgeschnitten. Sie hat nachweislich keinerlei Einfluss auf die Einstellungspraxis in den Unternehmen. Es gibt daher auch keine sachliche Rechtfertigung, die Befristungsmöglichkeit für Ältere und für neugegründete Unternehmen bestehen zu lassen. Beschäftigte müssen ihr Leben planen können. Flexible Beschäftigung ist weiter möglich. Es gibt eine breite Palette von Sachgründen, die eine Befristung rechtfertigen. Dank einer Vielzahl von gesetzlichen Befristungsgründen können Unternehmens-Bedürfnisse nach nur vorübergehender Beschäftigung abgedeckt werden. Durch ihre zunehmende Ausbreitung hat sich die sachgrundlose Befristung zu einem Abbau des Kündigungsschutzes durch die Hintertür entwickelt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Evaluierung des Engagements in Afghanistan

Das internationale Engagement in Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase. Anfang des Jahres 2010 wurde auf der Londoner Afghanistan-Konferenz ein Strategiewechsel im Sinne einer Übertragung der Verantwortung an das Land und eine deutliche Erweiterung des zivilen wie militärischen Engagements mit dem Ziel beschlossen, den militärischen Einsatz in einigen Jahren zum Abschluss zu führen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, sowohl die deutsche Beteiligung als auch das internationale Engagement einer umfassenden Evaluierung zu unterziehen, um vor einer möglichen Verlängerung des deutschen Einsatzes im Februar 2011 evtl. erforderliche Konsequenzen ziehen zu können. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht.

Als Ergebnis der Untersuchung soll erkennbar werden, in wie weit der begonnene Neuansatz in Afghanistan Veränderungen in bislang defizitären Bereichen erbracht hat und welche weiteren Anpassungen der Strategie für erforderlich erachtet werden. Aufbauend auf eine solche Evaluierung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, künftig quartalsweise fortlaufend über die Zielerreichung zu berichten. Zur Sicherstellung der parlamentarischen Begleitung des Verfahrens soll eine Kommission eingesetzt werden, die die wissenschaftliche Evaluierung begleitet und politische Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Stärkung der humanitären Lage in Afghanistan

Das neue Mandat beinhaltet den Strategiewechsel zu einem Abschluss der Afghanistan-Mission. Es stockt die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf fast das Doppelte auf und vollzieht damit richtige Schritte. Die Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wirft jedoch zugleich Fragen nach den Konzepten auf, die bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan künftig verfolgt werden sollen.

BILDUNG**Nationalen Bildungspakt schaffen**

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Priorität für Bildung ist ein Zeichen unserer Zukunftsfähigkeit. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, sich für die Einhaltung der hohen politischen Priorität für Bildung und Forschung als zentrale Zukunftsfelder sowie der nachhaltigen Verbesserung der Bildungsinfrastrukturen im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes einzusetzen.

Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste Bildungsgipfel stattgefunden und das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015 sollen mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Milliarden Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Milliarden Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Milliarden Euro der prognostizierten Lücke zu tragen.

Der dritte Bildungsgipfel, der am 10. Juni stattgefunden hat, kann als gescheitert betrachtet werden. Das vor zwei Jahren gegebene Versprechen, bis 2015 mindestens gesamtstaatlich zehn Prozent für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, wartet weiter auf seine Einlösung. Bundeskanzlerin Merkel und Bildungsministerin Schavan haben den Prozess zielsicher in eine Sackgasse geführt und wollen den Schwarzen Peter jetzt den Ländern zuschieben. Dabei war es diese Koalition, die mit ihrer Steuerpolitik die Finanzkraft der Länder ausgehöhlt hat. Und es ist diese Koalition, die das Zehn-Prozent-Ziel faktisch bis 2014 aussetzt. Denn ohne finanziell handlungsfähige Länder und Kommunen sind die Bildungsziele nicht zu erreichen. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, deutlich höhere Anteile zur Schließung der Finanzierungslücke bis 2015 zu übernehmen.

Nationalen Bildungspakt auf den Weg bringen

Wir haben die Bundesregierung in unserem Antrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen. Dieser muss sicher stellen: die gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern; verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsschulangebote sowie für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an und für eine gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern

Kinder haben ein Recht auf angemessene Förderung, Bildung und Teilhabe. Angebote der frühkindlichen Bildung verbessern die Bildungschancen von Kindern, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie leisten auch einen erheblichen Anteil zur Integration und Inklusion (Gestaltung eines gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Ausgrenzung) von Kindern und zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut bei. Im Zusammenhang mit der Debatte zum Bildungspakt haben wir einen Antrag eingebracht, der im Kern auf die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung abzielt.

In dem Antrag sind konkrete Forderungen enthalten:

- zur Finanzierung der Ausgaben für frühkindliche Bildung und insbesondere zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen,
- zum Verzicht auf die Einführung eines Betreuungsgeldes,
- zu einer Fachkräfte-Offensive für Erzieherinnen und Erzieher,
- zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege (z.B. Betreuungsschlüssel, Sprachförderung),
- zur mittel- und langfristigen Umgestaltung von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren,
- zur Verbesserung der Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion von Kindern im frühkindlichen Bereich sowie
- zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

Laufzeitverlängerung nicht mehr durchsetzbar

In Deutschland wird seit Ende 2009 zu wenig in die Energiezukunft investiert. Grund dafür sind die drohende Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die zum Beispiel Investitionen von Stadtwerken und neuen Wettbewerbern unrentabel machen würden. Aber auch die Betreiber von Atomkraftwerken setzen lieber auf den Weiterbetrieb ihrer abgeschriebenen Kraftwerke, als in neue Anlagen zur Energieerzeugung, in Energieeffizienz oder die Modernisierung der Energienetze zu investieren. Dem bisherigen Technologieführer Deutschland droht durch diese politisch motivierten Bremsen ein Verlust von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Volkswirtschaften.

Energiekonzept neu justieren

Das Energiekonzept der Bundesregierung soll nach aktuellem Stand in verschiedenen Szenarien auch den Einfluss einer Laufzeitverlängerung von bis zu 28 Jahre abbilden. Die veränderten Mehrheiten im Bundesrat haben jedoch derartigen Rechenübungen die politische und die sachliche Grundlage entzogen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung in unserem Antrag „Laufzeitverlängerung nicht mehr durchsetzbar - Energiekonzept neu justieren - Energiepolitische Bremsen lösen“ (Drs. 17/1980), das geplante Energiekonzept entsprechend anzupassen und dabei insbesondere auf eine Berücksichtigung von längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verzichten. Dazu ist es erforderlich, den mit der Berechnung entsprechender Szenarien beauftragten wissenschaftlichen Institutionen neue Maßgaben zu übermitteln, um die politisch nicht mehr durchsetzbare Laufzeitverlängerung zu berücksichtigen.

WM 2010 – Fußballerzitate:

„Mailand oder Madrid – Hauptsache Italien!“ – *Andreas Möller*

„Ich glaube, dass der Tabellenerste jederzeit den Spitzenreiter schlagen kann.! – *Berti Vogts*

„Im Fußball ist es wie im Eiskunstlauf – wer die meisten Tore schießt, der gewinnt“ – *Reiner Calmund*

„Das nächste Spiel ist immer das nächste“ – *Matthias Sammer*

„Ich bin körperlich und physisch topfit!“ – *Thomas Häßler*

... ich drücke unsere Elf in Südafrika die Daumen!

Ihre Kirsten Lühmann